



Innenausschuss (84.) und Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

24. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:31 Uhr bis 13:01 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte:

**Hohes Sicherheitsrisiko durch wachsende Zahl von Geldautomaten-
sprengungen – Landesregierung muss skrupellose Bandenkriminalität
entschiedener bekämpfen!**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12766 – Neudruck

Stellungnahme 17/4092
Stellungnahme 17/4071
Stellungnahme 17/4087

– Anhörung von Sachverständigen –

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Hohes Sicherheitsrisiko durch wachsende Zahl von Geldautomatensprengungen – Landesregierung muss skrupellose Bandenkriminalität entschlossener bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12766 – Neudruck

Stellungnahme 17/4092
Stellungnahme 17/4071
Stellungnahme 17/4087

– Anhörung von Sachverständigen –

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich darf Sie alle recht herzlich zu unserer 84. Sitzung des Innenausschusses und zur 79. Sitzung des Rechtsausschusses begrüßen. Ich begrüße die Mitglieder des Rechtsausschusses unter der Leitung des Kollegen Dr. Pfeil, der gleich auch Fragen für die FDP-Fraktion stellen wird, die Mitglieder des Innenausschusses. Ich begrüße insbesondere diejenigen Kolleginnen und Kollegen von uns, die per Video zugeschaltet sind und die Anhörung angeregt verfolgen, und natürlich Sie als Sachverständige, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung 17/1899. Ich gehe mit dem Einvernehmen der Tagesordnung aus. – Ich sehe, das ist der Fall.

Der Parlamentarische Krisenstab Pandemie hat beschlossen, dass die Sitzungen der Ausschüsse im Landtag mit deutlich reduzierter Ausschussmitgliederzahl durchgeführt werden sollen. Die Sitzung wird per Live-Videostream im Internet übertragen, und Sie, liebe Sachverständige, haben sich damit einverstanden erklärt, dass Sie nämlich die Einladung angenommen haben. Dort ist das schon erwähnt worden.

Ich trete in die Tagesordnung ein.

Gegenstand der Anhörung ist der Antrag der SPD, Drucksache 17/12766. Ich gebe den Hinweis, dass die SPD das erste Fragerecht hat. Es ist guter Brauch, guter Ton in diesem Ausschuss, dem Antragsteller zunächst das Wort zu erteilen.

Ich danke den Sachverständigen für ihre schriftlich vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten eine wesentliche Arbeitserleichterung für die Abgeordneten und auch für uns alle, die die Sitzung leiten.

Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, ist ein Eingangsstatement nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit Fragen an Sie wenden, und ich werde die Fragen zunächst in einer Runde sammeln und dann Sie weitergeben.

Hartmut Ganzke (SPD): Ich bin innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Erst einmal vielen Dank an die beiden Vorsitzenden, an die Sachverständigen, dass Sie hier sind, an uns alle, dass wir auch vor der letzten Sitzung des Landtags diese wirklich

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

höchst interessante Anhörung hier haben. Die ersten 24 Fragen – das ist immer Brauch, Kollege Sieveke – darf immer derjenige, der es beantragt hat, stellen. Dann werde ich mal schauen, wie viel Zeit wir hinterher noch haben.

(Heiterkeit von Dr. Werner Pfeil [FDP])

Herr Jungbluth hat in seiner Stellungnahme das Phänomen des Aufsprengens von Geldautomaten mitgeteilt, dass dort in den Niederlanden Anfang der 2010er-Jahre dieses Phänomen stark zunahm. Nun weiß ich auch, dass natürlich in den Niederlanden viel weniger Geldautomaten aufgestellt sind als hier bei uns. So hat allein NRW um die 10.000, bundesweit wahnsinnig viele.

Vor dem Hintergrund an alle Sachverständigen. Ich weiß, dass Sie in Ihrer Tätigkeit nicht nur im polizeilichen Bereich, sondern gerade auch im gewerkschaftlichen Bereich, aber auch in Ihrem Bankenbereich immer mit anderen Organisationen zusammenarbeiten.

Konkrete Frage: Was kann man von den Niederländern in dem Bereich lernen? Was können wir hier lernen, was die vielleicht besser gemacht haben? Was ist möglicherweise noch ausbaufähig gerade in der Zusammenarbeit mit den niederländischen Institutionen, bei denen Sie in Ihrer Tätigkeit auch immer wieder Anhaltspunkte haben?

Meine nächste Frage geht an Oliver Huth, BDK. In Ihrer Stellungnahme beschreiben Sie es als sehr ambitioniert, dass ein ganzes Kriminalitätsphänomen von lediglich einer einzigen Ermittlungskommission bearbeitet wird. Konkrete Frage: Was schlagen Sie da vor? Was ist aus Ihrer Sicht jetzt wirklich die Sache, dass wir es hier viel besser hinbekommen?

Herr Huth, Sie haben in der Stellungnahme mitgeteilt für Sie nachvollziehbare wirtschaftliche Interessen der Aufsteller von Geldautomaten, dass möglicherweise nicht alle Sicherheitsbelange gesehen und vielleicht nicht installiert werden können.

Die Frage geht an Herrn Pörner und Herrn Wellershaus und auch an Sie, Herr Huth, natürlich auch mit anderen Anmerkungen im Bereich der Banken, derjenigen, die es aufstellen. Ist das so? Was wäre erforderlich möglicherweise für mehr Input für die Sicherheit?

Noch eine Frage an Herrn Wellershaus. Der Kollege Sven Wolf wird nachher auch noch Fragen stellen. Herr Jungbluth schreibt in seiner Stellungnahme, dass besondere Risikofaktoren insbesondere in älteren Typen von Geldautomaten liegen. Wenn wir über Geldautomaten reden, fragen wir uns alle, wo die neue Technik und wo das Ältere ist. Kann man ungefähr sagen: Sind es die meisten, die noch im Einsatz sind, oder sind schon von der neuen Generation die meisten im Einsatz? Das wäre die Frage an Herrn Jungblut.

Eine Frage an Sie, Herr Wellershaus. In welchem Zeitrahmen könnte man da Ersatz schaffen, dass möglicherweise ein besserer Schutz da ist?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Jetzt merken Sie auch, warum Herr Ganzke Innenpolitiker und nicht Bankkaufmann geworden ist. Denn es waren keine 24 Fragen.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

(Heiterkeit von Hartmut Ganzke [SPD])

Soweit zu diesem ernsten Thema.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, meine Herren Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen zu diesem Antrag und die Möglichkeit, dass wir heute hier ergänzende Fragen stellen können.

Ich werde weitaus weniger Fragen als 24 stellen, ähnlich wie Herr Kollege Ganzke. Ich habe zunächst Fragen an Herrn Jungbluth. Sie haben dargestellt – das geht in die Richtung, was der Kollege Ganzke gefragt hat –, was wir bezüglich der Geldausgabeautomatenlage von den Niederlanden lernen können. Sie haben ein paar Beispiele genannt. Vielleicht könnten Sie mal konkretisieren, ob die mehrere Maßnahmen kumulativ jeweils getroffen haben, ob immer nur eine Maßnahme an einem Standort getroffen wird, oder wie es sich in dem Zusammenhang verhält.

Ich würde gern an die Frage des Kollegen Ganzke bezüglich der Ermittlungskommission anschließen und an Sie, Herr Jungbluth, die Frage nach der Personalstärke der EK Heat stellen, wie es aussah, wie es aussieht, wie es weiter aussehen soll und wie viele Altlasten da vorhanden sind, die noch abgearbeitet werden müssen.

Herr Jungbluth, Sie haben auch angesprochen, dass die Niederländer die automatischen Kennzeichenlesegeräte nutzen. Vielleicht können Sie konkretisieren, was bei uns konkret notwendig wäre, um die hier einzusetzen. Rechtliche Rahmenbedingungen müssten dann gegebenenfalls verändert werden. Vielleicht können Sie dazu kurz etwas ausführen.

Dann habe ich eine Frage an Oliver Huth vom BDK. Sie verweisen mit Ihrer Stellungnahme darauf, dass die Landesregierung viel stärker gesetzgeberisch mit Vorhaben unter anderem bei der Aufstellung von Automaten tätig werden müsste. Vielleicht könnten Sie mal konkretisieren, was Ihnen da vorschwebt und wie das dann gesetzlich aus Ihrer Perspektive geregelt werden sollte.

Meine letzte Frage geht an Herrn Pörner vom Bankenverband. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mal darstellen würden, was Sie aus Ihrer Perspektive in der Vergangenheit schon alles getan haben. Es gibt ja verschiedene Bereiche, einmal Automaten, Prävention, Wirksamkeit etc., eventuell auch neue Lösungen, was teilweise in den Stellungnahmen schon herausgekommen ist, Farbpatronen, Verklebetechnik.

Vielleicht können Sie mit Blick auf das, was Kollege Ganzke sagte, Aktualität der Geräte, das aus Ihrer Perspektive entsprechend konkretisieren und darstellen, auch die Zusammenarbeit mit dem LKA, mit der Landesregierung, gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit niederländischen Geldinstituten, ob es da eine gibt und wie die aussieht. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das einmal darstellen würden.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Vorsitzender! Vielen Dank. Ich bedanke mich für die sehr ausführlichen Stellungnahmen, die wir bekommen haben, und ich möchte den

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Schwerpunkt der Frage, die ich an alle vier Sachverständigen richte, auch an Herrn Fiedler, wenn er noch kommt, auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit richten.

Ich selbst komme aus Aachen. Wir haben viel mit dieser Problematik dort vor Ort zu tun. Es soll jetzt von der Europäischen Kommission ein Kodex für die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit erarbeitet werden. Das heißt, das Thema, das wir hier beraten, ist gleichzeitig ein Thema, was in diesen Bereich fallen würde.

In den Stellungnahmen, die wir lesen konnten, wird von Joint Investigation Teams gesprochen als das eine Modell, das man anwenden kann und welches wohl den meisten Erfolg verspricht. Die konkrete Frage an alle vier bzw. fünf Sachverständigen: Was kann man im Rahmen der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit verbessern, um zum einen gegen die Geldautomatensprengungen vorzugehen, zum anderen im Hinblick auf den Kodex, der von der Kommission erarbeitet wird als möglicherweise jetzt schon realisierbar oder auch als Vision?

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Vielen Dank an die Herren Vorsitzenden. Vielen Dank an die Herren Sachverständigen für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und Ihr persönliches Erscheinen heute und die Möglichkeiten, Ihnen Fragen zu stellen.

In der ersten Fragerunde möchte ich drei Fragen adressieren wollen. Die erste Frage geht an alle Sachverständigen. Ich bitte Sie, die Forderung zu bewerten, die Verklebetechnik in Geldautomaten anzuwenden, Eingangsbereiche besser zu sichern und sogenannte SB-Cubes außerhalb von Gebäuden aufzustellen. Was sagen Sie dazu?

An den Bund Deutscher Kriminalbeamter. Herr Huth, Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme gesagt, dass sich die Landesregierung im Bereich technischer Prävention und Kooperation mit der Wirtschaft mehr einbringen müsse. Nachvollziehbare wirtschaftliche Interessen der Geldautomatenaufsteller stünden Sicherheitsbelangen diametral gegenüber. So haben Sie es auf Seite 3 ausgeführt. Ich bitte Sie, uns mal genau diesen Konflikt zu erklären, den Sie da sehen.

Herr Pörner hat für den Bankenverband in seiner schriftlichen Stellungnahme davon gesprochen, dass regelmäßig Gespräche auf den verschiedenen Ebenen zu dem Thema geführt werden. Herr Jungbluth, Sie haben das auch für das LKA ausgeführt. Herr Huth, Sie sagen hingegen, die Landesregierung müsse mehr tun. Könnten Sie genau ausführen, was jetzt die Landesregierung mehr tun muss?

Nic Peter Vogel (AfD): Auch von uns schönen Dank, dass Sie heute hier sind. In der ersten Runde würden meine Fragen beginnen mit den Vertretern der Banken sozusagen. Es gab ein Statement von einem Sprecher der Deutschen Bank, der auch klar definiert hatte, dass man bei den Banken natürlich diesen Spagat gehen muss zwischen Wirtschaftlichkeit und der Versorgung der Bevölkerung. Das ist mir klar.

Ich bin ein bisschen in die Recherche gegangen, dass diese neuen Tresore sozusagen druckabweisend sind, also man praktisch nicht an die Inhalte kommt, dass die teilweise mit einem Kostenfaktor von plus 20 % zu Buche schlagen oder diese Färbepatronen für eine einzelne Kassette schon mit fast 1.000 Euro zu Buche schlägt. Wenn man jetzt

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

sagen würde, wir würden alle Geldautomaten, die wir aufstellen wollen, mit dieser neuesten Technik versehen, ist es natürlich ein enormer finanzieller Aufwand.

Alle sieben Jahre werden in der Regel diese Geldautomaten ausgetauscht. Frage: Bedienen Sie sich bei dem turnusmäßigen Austausch dann automatisch neuerer Geräte, oder machen Sie das nur an den neuralgischen Punkten fest bzw. wie kann ich mir da Ihre Strategie vorstellen?

Da die Bankvertreter noch hier sind. Es wird gesagt, dass die Niederlande jetzt sehr gut aufgestellt sind und weitaus weniger Geldautomaten haben. Aber wäre es stemmbar, in Nordrhein-Westfalen tatsächlich unsere Geldautomaten alle auf diese Standards aufschließen zu lassen, oder würde man da auch eher an neuralgische Punkte gehen, wo man gute Fluchtmöglichkeiten hat, wo praktisch auch die Infrastruktur vorhanden ist.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Huth. Es geht auch um die Thematik der Gefährdung Unbeteiligter, und zwar gerade, was die Immobilien angeht. Es gibt Privatwohnungen direkt über oder teilweise hinter den Banken, wo Geldautomaten stehen. Wir haben schon von Fällen gehört, wo es teilweise in Kinderzimmern oder in Schlafzimmern gelandet ist. Da die Täter vorwiegend nachtaktive sind, kann man auch davon ausgehen, dass die Familien zu Hause sind.

Jetzt gibt es teilweise schon große Probleme mit den Vermietern, weil Versicherungen das Ganze nicht mehr übernehmen. Sie sprechen davon, dass wir uns bei diesen niederschweligen bis kaum vorhandenen gesetzgeberischen Vorgaben beim Aufstellen von Geldautomaten immer noch nach diesen Standards richten. Macht es für Sie Sinn, das Ganze aufgrund dieser Bedrohungslage noch einmal neu zu denken, und zwar im juristischen Sinn und im praktischen Sinn proaktiv, dass Banken jetzt vermehrt auf diese Stahlbetonaußenanlagen gehen, wo die Verletzungsgefahr für Unbeteiligte, Passanten usw. immer noch vorhanden ist oder für Sachschäden, aber wenigstens diese Gefahr ausgeschlossen ist?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Wolf hatte noch ergänzend zu der Frage von Herrn Ganzke etwas beizutragen.

Sven Wolf (SPD): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Nachfragen habe ich nicht mehr. Ich glaube, das liegt auch daran – das finde ich sehr bemerkenswert –, dass wir uns alle sehr gut auf das Thema vorbereitet haben, und es zeigt, welch wichtiges Thema es ist. Ich habe trotzdem noch ein, zwei Verständnisfragen zu den Stellungnahmen.

Herr Jungbluth, Sie haben vorgeschlagen, diese Unterstützung der Ringalarmfahndung durch AKLS zu prüfen. Können Sie uns das System mal in knappen Worten erläutern, wie es funktioniert, damit ich es auch nachvollziehen kann?

Dann an Sie, Herr Jungbluth, die Nachfrage. In den Niederlanden gibt es inzwischen ein Ermittlungsteam – wie ich es verstanden habe –, das in Utrecht sitzt. Gibt das jetzt auch eine neue Chance, dass man mit der EK Heat besser zusammenarbeiten kann?

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Anschließend eine Frage, vielleicht an alle Sachverständigen. Ich habe immer den Eindruck, die bessere Zusammenarbeit mit den Niederlanden scheitert daran, dass die Niederländer sagen: „Macht doch erst mal eure eigenen Hausaufgaben, verbessert eure Präventionsmaßnahmen bei den Banken in der Technik, bei der Polizei, auch bei den präventiven Maßnahmen, und dann können wir über eine engere Zusammenarbeit sprechen.“ Vielleicht haben Sie dazu eine entsprechende Einschätzung.

Mich würde noch interessieren: Über wie viele Tatverdächtige sprechen wir? Wie groß sind eigentlich diese Gruppen, die sich dieses Kriminalitätsphänomens bedienen?

Es gibt ja Vermutungen, dass es im mittleren dreistelligen Bereich ist. Aber vielleicht haben Herr Huth und Herr Jungbluth noch eine etwas konkretere Einschätzung, damit man auch, was die Personengruppe angeht, es etwas konkreter fasst.

Abschließend noch zu den technischen Dingen. Es ist schon viel zur Verklebetechnik gefragt worden. Vielleicht können die Vertreter insbesondere der Banken und Sparkassen erläutern: Wird die Verklebetechnik aktuell schon eingesetzt oder nicht? Soweit ich es recherchiert habe, ist es so, dass es in den Niederlanden eine Vereinbarung mit der Zentralbank gibt, dass verklebte Geldscheine – Sagt man, oder? –,

(Kopfnicken von Oliver Huth)

die aufgrund einer versuchten Sprengung dann im Automaten bleiben, aber bei der Zentralbank eingetauscht werden. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, ob das hilfreich ist.

Noch eine Frage an Herrn Huth und an Herrn Jungbluth. Diese Einfärbetechnik scheint ja häufig schon genutzt zu werden und zu helfen. Jetzt habe ich aber mit großer Sorge auch in Presseberichterstattungen immer wieder davon gelesen, es gebe sogar für diese eingefärbten Geldscheine einen Schwarzmarkt. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wenn Sie es mir gestatten, hätte ich noch zwei Nachfragen. Ich komme aus dem Bankensektor. Es sind Fragen gestellt worden, was die Sicherheit und auch das externe Aufstellen der Automaten angeht. An die Bankenvertreter habe ich die Frage – nicht aus Minderwertigkeitskomplexen –: Was würde das zum Beispiel für den Ländlichen Raum bedeuten? Denn es kommt vor Ort immer die Frage, wenn eine Geschäftsstelle geschlossen wird, ob zumindest eine Automatengeschäftsstelle vor Ort verbleibt.

Ist es noch realistisch in Bezug auf die Fragen, die eben gestellt wurden zu Kostengesichtspunkten plus 20 % usw., oder würde man sich dann aus diesem Bereich zurückziehen müssen, sowohl aus Sicherheitsgründen als auch aus finanziellen Gründen?

Es schließt sich noch eine zweite Frage an. Herr Kollege Wolf hat, glaube ich, die Frage auch gestellt. Die Niederländer sagen: „Wir drücken das jetzt ein bisschen flapsig aus, meinen es aber gar nicht flapsig. Macht ihr erst mal eure Hausaufgaben.“ Vielleicht können Sie auf die rechtliche Komponente eingehen.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Eine Frage an Herrn Huth und Herrn Jungbluth dass Sie das in den Fokus nehmen: Was können die Niederländer, und was dürfen wir beispielsweise nicht? Sie sagen: Darüber haben wir schon diskutiert, ist aber aufgrund bestimmter politischer oder gerichtlicher Entscheidungen in Deutschland oder in Nordrhein-Westfalen abschlägig entschieden worden.

Wir kommen nun zur Antwortrunde.

Steffen Pörner (Bankenverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass wir hier eingeladen sind, ein bisschen Licht ins Dunkle eines Kriminalitätsphänomens zu bringen, das uns wirklich sehr intensiv beschäftigt, auch ein sehr ernstes Thema ist. In der Tat – Sie haben es schon gesagt – wir haben einerseits einen öffentlichen Auftrag für die Bargeldversorgung der Bevölkerung und auf der anderen Seite natürlich einen Spannungsbogen, der zeigt, dass es unter Sicherheitsgesichtspunkten ein äußerst schwieriges komplexes Thema ist.

Ich glaube, anderthalb Stunden werden nicht reichen, in die einzelnen Ecken der Geschichte hineinzugehen. Ich werde mich an Ihren Fragen orientieren. Sind jetzt doch fast 24 Fragen geworden, wenn ich es richtig gezählt habe. So schnell geht es dann.

(Heiterkeit)

Ich werde versuchen, es in einer Antwort zusammenzufassen. Wenn ich Sachen nicht beantworte, denke ich, dann können das die Kollegen hier am Tisch in einzelnen Fällen wahrscheinlich auch besser.

Wenn wir uns mal mit der Situation hier beschäftigen, dann stellen wir für unseren Teil fest, dass die Situation dort eine ganz andere ist. Herr Ganzke, Sie haben es eben schon gesagt. Wir haben die Hälfte der Geldautomaten allein in Nordrhein-Westfalen, bundesweit sind es 60.000, die von verschiedensten Betreibern – das sind nicht nur Banken, es gibt auch freie Betreiber – unterhalten werden, was schlichtweg mit dem Bedarf der Kunden zu tun hat. Wir bauen Geldautomaten nur dorthin, wo wir tatsächlich denken, dass Kunden sie besuchen werden. Die bauen wir nicht nur einfach so in die Gegend, weil es Spaß macht, sondern die Deutschen lieben ihr Bargeld. Das wissen Sie alle. Wir haben jetzt durch die Pandemie gesehen, dass zwar der Anteil des digitalen Bezahls zunimmt, aber so, wie es in den Niederlanden ist, dass inzwischen der größte Teil des Geschäftsverkehrs über Kartenzahlung oder per Handy funktioniert, soweit sind wir noch lange nicht.

Ich kann Ihnen sagen – das werden Sie, Herr Wellershaus noch besser beschreiben können –, wenn Sie gerade im Ländlichen Raum aus verschiedensten Gründen einen Geldautomaten abbauen, dann ist es eine äußerst schwierige Angelegenheit. Wir sehen also wie gesagt weniger Geräte.

In den Niederlanden gibt es nur vier Banken. Wir in NRW haben allein über 20 Betreiber von Geldautomaten und Banken verschiedenster Größen, die eine verschiedenste Anzahl von Geldautomaten haben. Das zeigt, dass es dort natürlich ein wenig einfacher ist, sich auf einen Betreiber oder ein Gerät, das man verbaut, zu einigen. Dann kann man da entsprechend anders vorgehen.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wenn man genau hinschaut, hat es auch Vor- und Nachteile, wenn ich überall das-selbe Gerät habe. Herr Jungbluth, das haben wir vor ein paar Jahren mal erlebt. Da hatten wir ein Gerät, wo die Täter sehr schnell eine Schwachstelle gefunden haben, und wenn das dann überall steht, ist es auch überall sehr schnell knackbar. Sie haben schon einige der Preise gehört; ich werde es hier nicht noch einzeln aufzählen. Wir investieren wirklich sehr stark darin, dass die Geräte immer auf dem neuesten Stand sind, und das, was es an neuer Sicherheitstechnik gibt, soweit möglich nachgerüstet wird.

In den Niederlanden – es ist eine lange Liste, die ich vorlesen könnte, tue ich aber nicht – gibt es hauptsächlich Außengeräte, sprich Automaten, in die Wand verbaut, während wir hier in Deutschland das Prinzip des Foyers bevorzugen, weil es aus unserer Sicht teilweise sicherheitstechnisch besser dargestellt werden kann und wir es meist mit Filialen verknüpfen, während in den Niederlanden die Automaten mal eben in die Hauswand eingebaut sind.

Wenn wir hier darüber reden, dass wir inzwischen mit Eigentümern von Wohnungen oder auch von Geschäftshäusern in die Diskussion geraten, dass es sehr schwierig wird, wenn die Täter zunehmend mit Festsprengstoff unterwegs sind, hier Gebäudeschäden zu verhindern, dann können Sie sich vorstellen – es gibt es interessante Videos aus den Niederlanden –, wie es dort aussieht. Wenn Sie einen Automaten, der fest in der Hauswand, in die Front, verbaut ist und dort gesprengt wird, hat das teilweise andere Auswirkungen als das, was wir hier erleben.

Dann haben wir noch folgendes Thema. Es wird hier immer so getan, als hätten viele Länder das Problem gelöst, als gebe es dort keine Sprengversuche mehr, als wäre alles viel einfacher, indem man sagt, man baut soundso viel Geldautomaten ab, und die Deutschen sollten jetzt gefälligst alle mit Karte zahlen, und dann sei das Problem erledigt. Nein, das ist mitnichten so. Es gibt weiterhin auch Taten in den Niederlanden, inzwischen hauptsächlich mit Festsprengstoff. Herr Jungbluth, das müssen Sie bestätigen. So ist mein Kenntnisstand. Dort sind wir also noch in einer anderen Gefährdungslage, wenn ganze Häuser über dem Automaten zusammenbrechen, mit einer Brutalität. Das findet nach wie vor statt.

Wir haben noch ein paar andere Effekte. Der Austausch zwischen Polizei und den Banken ist deutlich einfacher, was aber mit Datenschutzgesetzen zu tun hat. Da tun wir uns manchmal auch etwas schwer. Wir erleben im Moment – da weiß ich nicht, ob das als Beispiel dienen soll –, dass die Niederländer durchaus den Fahndungsdruck etwas herausnehmen, weil sie weniger Taten haben. Das ist eine Diskussion, dazu können sicherlich Herr Huth und gleich Herr Fiedler noch ein bisschen erzählen. Wenn da weniger Taten sind, wird Personal wieder woanders hingeschickt oder abgebaut, und dann ist dem an der Stelle nicht unbedingt geholfen. Ich glaube, das ist auch ein Grund, weshalb das mit der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden tatsächlich so ist.

Kommen wir mal zu unserer Technik, zu dem Vorwurf, wir würden unser Eigentum herrenlos irgendwo herumstehen lassen, wir würden nichts in Technik investieren, wir hätten veraltete Technik herumstehen, wir schauten nur, was es koste und dann

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

machten wir es nicht. Ich weiß nicht, wer diese Geschichten immer in die Welt setzt. Ich weise das entschieden zurück.

Es ist oberste Priorität, dass wir natürlich eine Gefährdung von Menschenleben verhindern, und dafür ist wirklich ein großer Aufwand notwendig. Auch hier gäbe es eine lange Liste der Themen, die wir machen. Natürlich kann man nicht bei 60.000 Geräten erwarten, dass wir jedes halbe Jahr, wenn es wieder ein neues Sicherheitstool oder eine neue Idee gibt, wie man es sicherer machen könnte, sofort alle 60.000 Geräte austauschen. Das geht technisch nicht, das geht organisatorisch nicht. Das ist auch ein gewisser Zeitlauf, den man sehen muss.

Aber natürlich – hier wurde es gefragt – werden bei Modernisierungsmaßnahmen zu dem Ablauf eines normalen Betriebsumlaufs Geräte auf den neuesten Stand gebracht. Dann werden wir nicht mehr alte Technik kaufen. Ich wüsste auch nicht, ob es irgendwo einen Gebrauchtmarkt für Geldautomaten gibt. Wäre auch eine interessante Idee. Aber auf jeden Fall wird tatsächlich das umgesetzt, was wirklich Stand der Technik ist.

Wir entwickeln uns dabei auch ständig weiter. Die Maßnahmen, die hier jetzt kommen, werden auch wirklich umgesetzt. Wir sind in einem ständigen Austausch mit der Polizei. Ich kann Ihnen gern bestätigen, dass wir uns regelmäßig in Gesprächskreisen treffen, nicht nur mit dem LKA, sondern, weil dieses Phänomen inzwischen auch bundesweit auftritt, auch mit dem Bundeskriminalamt, mit den Innenministerien der einzelnen Länder. Also überall wird daran gearbeitet. Sie wissen, wir haben ein föderales System mit unterschiedlichen Ansätzen. Das macht es manchmal nicht einfacher. Aber wir haben inzwischen sehr viele Maßnahmen, die wir auf Bundesebene machen.

Das Problem ist, es gibt nicht die eine und schon gar nicht die einfache Lösung. Ich sage Ihnen, jedes Mal, wenn das Thema „Geldautomatensprengung“ irgendwo in der Zeitung steht, habe ich am nächsten Tag drei Anrufe von tollen Technikern und Ingenieuren, die mir sagen: Ich habe da was, das kostet nur 3.000 Euro, und das ist sicher. Wenn Sie es mit einer gewissen Erfahrung mal hinterfragen, dann ist es im Prinzip nur etwas, was Sie entweder schon kennen oder wo ich sage, dass nicht so ganz klar ist, ob es funktioniert. Sie haben vielleicht schon mal von dem „Oldenburger Riegel“ gehört. Das ist eine Verschlussmechanik, die tatsächlich das Aufsprengen des Kopfes des Geldautomaten verhindert. Das hat so lange Bestand gehabt, bis sehr schnell die Täter wieder den Workaround hatten.

Wir haben inzwischen Standards, die ich Ihnen jetzt natürlich nicht im Einzelnen erzählen werde, vor allen Dingen, weil hinter mir Damen und Herren sitzen, die das vielleicht morgen irgendwo in die Zeitungen setzen oder im Fernsehen bringen. Wir wissen, dass auch Täter über diese Kanäle informiert werden können. Deswegen müssen wir, weil es eine öffentliche Sitzung ist, da vorsichtig sein. Aber es gibt tatsächlich eine ganze Reihe elektronischer, technischer und auch organisatorischer Prozesse, die hier durchgeführt wird.

Ich kann jetzt kurz auf das eingehen, was bereits öffentlich ist. Videotechnik natürlich, ein Standard, den wir inzwischen fast flächendeckend haben. Das war nicht immer so.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Da haben wir uns wirklich von der Polizei belehren lassen, dass es natürlich schon eine sehr notwendige Maßnahme ist, dass es nachher bei der Täteridentifizierung helfen kann, auch wenn die Jungs von oben bis unten verummmt sind und teilweise nur einmal in den Einsatz gehen.

Wir haben auch das Thema gehabt, dass vor ein paar Jahren solche Systeme von Versicherungen noch zertifiziert werden mussten mit einer Technologie, die da schon lange nicht mehr auf dem neuesten Stand war und so aufwändig war, dass ein Kabel von einer Kamera sogar im einen Innenraum wetterfest sein musste bis zu dem Monitor, auf dem das Bild nachher auflöst. Das können Sie heute anders machen, mit WLAN, online etc., auch unterstützt mit Künstlicher Intelligenz – da kann man auch noch einiges mehr machen – und natürlich mit Weiterschaltungen in Sicherheitszentralen, wo dann automatisch stille Alarmer ausgelöst werden, wenn in diesem Foyer etwas passiert, was da nicht passieren soll.

Die Vernebelung ist jetzt auch eine weitere Maßnahme, aber auch hier gleich die Einschränkung: Es kommt immer auf den Einzelfall an. Kein Automat hat dieselbe Umgebung wie der nächste. Ich kann Ihnen sagen, es gibt die Vernebelungsmaschine, die funktioniert überall. Je nach baulicher Ausrichtung – die Dinger stehen auch in Supermärkten, Tankstellen und sonst irgendwo – können Sie diese Technologie nicht einsetzen, weil sie nichts bringt. Die Idee ist, der Täter verliert die Orientierung, muss dann fliehen. Ich sage jetzt nicht, wie. Aber auch hier gibt es inzwischen Workarounds. Es geht ganz schnell. Die Täter lernen, sind das nächste Mal dabei, rechnen mit so einer Vernebelungsanlage und haben durchaus eine Idee, wie man die Vernebelung schnell wieder auflösen kann. Dann ist die Sache erledigt.

Farbpatronen – da haben wir sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht – sind schon ein sehr altes an sich probates Mittel. Auch hier stellen wir fest: Je nach Bauweise des Geldautomaten passiert es manchmal, dass die Farbpatrone bei der Explosion rausfliegt. Dann ist der gesamte Raum „verschönert“, aber nicht das Geld. Deswegen ist diese Technologie nicht so ganz sicher, wie sie vielerorts dargestellt wird. Sie ist eine sehr gute Möglichkeit, besser als nichts. Sie sagten es eben. Ja, es gibt einen Markt für solche Geldscheine. Es gibt Länder, in denen es egal ist, welche Farbe ein Euroschein hat. Es wird weiterhin als Zahlungsmittel über die verschiedenen Wege eingesetzt – hier trifft der Begriff „Geldwäsche“ mal richtig zu –, und es gibt auch Möglichkeiten, das wieder in den Geldkreislauf einzubringen.

Verklebungstechnik. Ja, ich hätte in diesem Hohen Haus beinahe gesagt „der neueste Scheiß“.

(Heiterkeit)

Aber das will ich nicht. Sehen Sie es mir nach. Es ist tatsächlich die neueste Idee, die wir haben, die wir auch sehr ernsthaft verfolgen, weil sie die Verwertung des Geldes wirklich verhindert. Man kann es nicht anders sagen. Wenn Sie mal so einen Block in der Hand halten. Sie können den nicht mehr auseinandernehmen, Sie können nicht mehr feststellen, wie viel Geld es ist, was Sie da bekommen. Die Niederländer setzen es inzwischen ein. Wir schauen es uns im Moment noch an, weil wir sehen wollen, wie

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

die Erfahrungen auf Dauer sind. Denn auch hier kann die Kreativität der Täter vielleicht wieder eine andere Situation schaffen.

Auch hier brauchen wir wieder eine Zertifizierung, dass dieses Mittel tatsächlich eingesetzt werden kann. Bei solchen Maßnahmen haben auch die Versicherungen ein Wörtchen mitzureden. Wir haben hier – Sie haben es eben erwähnt – das Thema der Bundesbank, wir würden hier vorsätzlich Geld vernichten. Dieses Argument ist jetzt kein unüberwindbares Hindernis, aber auch das muss natürlich gelöst werden. Vor allen Dingen müssen wir nachher irgendwelche technischen Einrichtungen haben, wie wir nachweisen können, wie viel Klebstoff da drin ist und wie viel Geld. Das ist machbar und möglich.

Foyer-Verschlüsse zu Nachtzeiten – wird praktiziert. Dazu kann Herr Wellershaus bestimmt noch mehr sagen. Zu dem Thema, wir sollten auch die Geldautomaten mehr panzern. Ja, das tun wir. Wir finden immer wieder Stellen, an denen man noch etwas tun kann. Es gibt ein Grundproblem jedes Geldautomaten: Er hat mindestens zwei Öffnungen, eine Öffnung, in die Sie die Karte stecken, und eine Öffnung, wo das Geld herauskommt, und in diese Öffnungen können Sie auch alles andere hineinstecken. Wenn es gut läuft, ist es die nette Oma, die uns als Dankeschön ein Bonbon hineinlegt, weil hier alles so gut geklappt hat. Aber es gibt in der Tat viele technische Möglichkeiten. Herr Jungbluth zeigt uns die immer im LKA. Das ist eine sehr spannende Sache, ist aber auch nichts für die Öffentlichkeit, wie das im Einzelnen funktioniert. Es ist schon sehr tricky, wie das gehen kann.

Aber wir kommen in ein Wettrüsten, wo wir im Moment sehen, dass das wahrscheinlich keiner gewinnen wird. Je mehr wir durch die Panzerung die Täter herausfordern, umso mehr versuchen die auch. Die Folge ist tatsächlich das Thema „Festsprengstoff“. Wir haben die inzwischen so explosionsgeschützt, dass sie einen Gasangriff ohne Probleme im Innentresor widerstandsfähig halten können. Aber wenn sie mit irgendetwas darangehen – Plastiksprengstoff, Dynamit und sonst irgendwas –, dann wird das ganze Thema schwierig. Dann wird es aber auch vom Kollateralschaden her sehr schwierig, weil dann riesengroße Schäden zu vermuten oder auch schon passiert sind, dass Wände einfallen etc. Das ist eine Eskalation, die wir nicht haben wollen.

Wir haben einfach auch die Situation, der Täterkreis in den Niederlanden ist eigentlich bekannt, wenn auch nicht so, dass wir die Leute alle verhaften könnten. Es ist ein Schwerpunkt in Utrecht. Es sind tatsächlich ein paar hundert Mitglieder einer Bande, je nachdem, wie sie organisiert sind. Herr Jungbluth hat geschrieben, sie seien nicht hierarchisch organisiert. Anscheinend gibt es jetzt schon agile Businessmodelle, dass man mehr in Netzwerken arbeitet.

Was aber tatsächlich passiert ist: Diese Leute werden so organisiert, dass es einen ständigen Nachschub von Tätern aus Drittländern gibt. Dort wird jeder für seine Rolle ausgebildet, hier der Fahrer, dort der Aufpasser, da der, der das Gas hantiert, der den Geldautomaten aufmacht. Und die werden, wenn sie in die Niederlande zurückkommen, dann auch gern wieder in ihr Heimatland zurückgeschickt. Es ist ein ständiger Austausch von Tätern. Da kommen Sie nicht hinterher. Das Entscheidende für uns ist diese hohe Professionalität.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wenn Sie in Ihrer Vorbereitung das Bundeslagebild 2020 des BKA gelesen haben, wo man auf das Phänomen der Geldautomatensprengungen sehr intensiv eingegangen ist, da war weiter hinten ein Kasten mit der Überschrift: „Tödlicher Unfall bei einer Testsprengung in den Niederlanden“ im September 2020. Ich habe mich erschrocken. Denn es gibt auch einen regen Austausch zwischen deutschen und niederländischen Banken. Die niederländischen Banken haben uns letztens alle ihre Erkenntnisse zur Verfügung gestellt. Die haben nämlich versuchsweise mal Geldautomaten gesprengt und geschaut, was man braucht, was passiert. Sie haben Kameras eingebaut, um genau zu sehen, was innen in den Automaten passiert, wo vielleicht die Schwachstellen sind, die man lösen kann. Das hat viele positive Erkenntnisse gebracht.

Aber ich hatte, als ich die Headline las, die Befürchtung, es wäre ein Polizeibeamter oder ein Bankkollege bei einer Testsprengung ums Leben gekommen. Nein, es war ein Täter, dem das passiert ist. Der hat mit einem selbstgebastelten Zeug herumhantiert, wollte mal wieder sehen, ob das wirkt und hat sich dabei selbst in die Luft gejagt.

Das zeigt zum einen, wie gefährlich die Situation inzwischen ist. Das macht uns auch große Sorgen, weil wir nicht wissen, wie wir dem Herr werden sollen. Es zeigt aber auch, wie professionell die Jungs da sind und tatsächlich selbst Versuche, Experimente anstellen, wie man dieses Ding hochjagt. Das ist die Situation, vor der wir stehen.

Ich glaube nicht, dass ich schon alles beantwortet habe. Aber ich habe so lange geredet, dass ich jetzt die Kollegen ranlasse, wenn Sie gestatten.

(Der Vorsitzende hantiert mit dem Mikrofon.)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Sie merken, immer, wenn ich an diesem Kasten hier hantiere, dann ist es ein kleines Signal, dass wir vielleicht noch jemand anderen hören.

(Steffen Pörner: Entschuldigung!)

Michael Wellershaus (Vertreter des Vorstands der Sparkasse Remscheid): Sehr geehrte Herren Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Ich schließe mich gern den Ausführungen von Herrn Pörner an und berichte aus den praktischen Erfahrungen einer kleinen Sparkasse. Ich glaube, an vielen Stellen ist interessant, was Herr Pörner gerade schon gesagt hat, es mal so unmittelbar aus dem Erleben zu hören.

Ich will zwei Dinge vorwegschicken. Zum einen ist uns das Kundeninteresse immer besonders wichtig. Das haben wir im Auge. Denn nur von den Kunden können wir letztlich unsere Existenz bestreiten. Insofern ist das Augenmerk eindeutig darauf gelegt, wie die Kunden sich verhalten. Darüber hinaus gehören zu dem gesamten Thema auch Veränderungen in der Gesellschaft als Ganzes. Ich will nur ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit geben: Für unser Haus heißt das ganz konkret, dass der Bargeldbedarf signifikant zurückgegangen ist, in den letzten drei Jahren um rund 40 %. Das hat natürlich auch etwas mit den Veränderungen der Zahlungsmethoden zu tun,

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

die im letzten Jahr im bargeldlosen Bereich und verstärkt durch die Pandemie sogar im kontaktlosen Bereich waren.

Am Ende gehört natürlich zu einer Betrachtung dazu: Was wollen die Kunden, was machen sie, und wie nutzen sie unsere Dienstleistungen? Auf der anderen Seite wollen wir weiterhin die Kunden versorgen mit den Dienstleistungen, die sie brauchen. Dazu gehört das Bargeld genauso wie die Karte.

Der Ländliche Bereich ist schon angesprochen worden. Losgelöst von Geldautomaten gibt es daher nicht nur bei uns, sondern bei vielen anderen Instituten auch alternative Lösungen, ob es ein Bargeld-Bringservice ist, eine mobile Filiale oder Ähnliches ist, die insbesondere ältere Kunden mit Bargeld versorgt. Also, auch da gibt es Alternativlösungen. Das ist jedoch nicht der entscheidende Punkt, sondern wir reden aus unserer Sicht heute mehr über die Technik. Darauf will ich auch gern eingehen, muss mich aber – haben Sie bitte Verständnis dafür – Herrn Pörner anschließen, dass ich über die Schutzmaßnahmen unseres Hauses nicht im Detail berichten werde.

Es kam die Frage, ob ältere Typen von Geldautomaten im Einsatz sind. Das gibt es natürlich bei vielen Instituten, dass nicht alle sofort modifiziert werden können, aber der Austausch innerhalb der genannten Frist ist sehr wohl allein durch Abkündigungen von Software logischerweise gegeben. Zu diesem Zeitpunkt, wenn die Automaten ausgetauscht werden, wird immer die neueste Technik verbaut, die gerade möglich ist.

Bei den anderen Automaten ist es so, dass Härtungen – wie es so schön heißt – vorgenommen werden, also die Schutzbedarfe ermittelt werden, auch unter Einbeziehung der Behörden vor Ort, mit der Polizei, mit der wir beispielsweise sehr gut zusammenarbeiten, aber natürlich auch auf Basis des Schutzbedarfs, der Schutzbedarfsermittlungen, der Schutzkonzepte des LKA. In der Richtung nehmen wir uns vor, alle Automaten anzusehen, priorisieren, wo wir zunächst dran müssen, weil auch logistisch nicht alles auf einmal gemacht werden kann. Gleichzeitig heißt das aber auch, dass alle Automaten immer unter dem Sicherheitsaspekt gewürdigt werden und wir – wie es eben auch Herr Pörner für den Bankenverband gesagt hat – das genauso als einzelnes Haus im Fokus haben und entsprechend umsetzen.

Ich will aus der Praxis noch das Thema „Cubes“ aufgreifen. Wir haben davon zwei im Einsatz, und das hat nicht dazu geführt, dass Sprengungen nicht vorgenommen wurden, im Gegenteil. Es sind in den letzten zwei Jahren Sprengungen vorgenommen worden, die aber ohne Erfolg waren, lediglich einen Sachschaden verursacht haben und darüber hinaus viel Aufwand, egal ob es versicherungstechnisch, gebäudetechnisch oder Ähnliches ist, aber sie nicht zur Beuteerlangung gekommen sind. Erschwerend kommt an der Stelle sicherlich hinzu, was die Tatzeiten angeht. Die Tatzeiten, die in den Vorlagen waren, kann ich bestätigen. Die sind bei uns genauso gewesen.

Ich will in dem Zuge noch ein anderes Detail mit in die Diskussion bringen, nämlich die Möglichkeit, solche „Cubes“ überhaupt aufzustellen. Wir haben versucht, dafür Standorte zu finden. Das ist gar nicht so einfach, weil die großen Supermarktketten keine Geldautomaten in ihren Bereichen haben wollen. Die wollen selbst gern ihr Bargeld an die Kunden ausgeben und nicht einen Drittanbieter vor Ort haben. Das Thema

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

„Vermieter“ haben wir eben schon gehört. Insofern ist die Lösung, woanders Geldausgabeautomaten aufzustellen. Bei uns ist es tatsächlich nur in einem Fall gelungen. Da ist es aber schon so gemacht worden, wie es eben als Anregung kam, dass wir bei einem örtlichen Anbieter sind. Das ist mit einem Zaun abgesichert und abends auch nicht mehr zugänglich. Das ist aus unserer Sicht eine Präventionsmöglichkeit, die relevant ist und bis dato gut funktioniert hat.

Lassen Sie mich noch kurz auf das Thema „Wirtschaftlichkeit“ eingehen. Natürlich kosten diese Härtungsmaßnahmen und auch die entsprechenden Neuanschaffungen Geld. Das ist keine Frage. Aber ich habe eben den Kundennutzen und den Kundenfokus bewusst an den Anfang meiner Ausführungen gestellt. Insofern tun wir alles dafür, den Schutzbedarf zu ermitteln und den Schutz so hoch wie möglich zu gewährleisten. Insofern sind unsere Neuautomaten, die wir in irgendeiner Form anschaffen, natürlich auf dem neuesten Stand – das habe ich eben schon gesagt –, aber sie sind auch alle dort, wo das Risiko so gering wie möglich ist.

Das sind aus der Praxis meines Erachtens wesentliche Erfahrungen, wo man auch als betroffene Sparkasse, die in den letzten Jahren sehr wohl Sprengungen zu verzeichnen hatte, somit beitragen kann.

Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter): Meine Herren Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Auch vom Bund Deutscher Kriminalbeamter darf ich mich für die Einladung zu der Sitzung bedanken. Ich fokussiere mich natürlich auf die Fragen: Was können wir von den Niederländern lernen? Wo ist Luft nach oben?

Ich fange mal mit der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung an. Wir reden hier über europäische Kriminalität, und die muss europäisch bekämpft werden. Die Landesregierung hat sich im Bereich der Bekämpfung europäischer Kriminalität in der Vergangenheit schon entsprechend eingebracht. Ich erinnere zum Beispiel an die „Aachener Erklärung“. Das war eine politische Aussage, mit den entsprechenden Entscheidungsträgern in den Niederlanden zu kooperieren. Ähnlich muss es auch hier in diesem Phänomen laufen.

Die Niederländer kennen das Strafverfolgungsprinzip nicht. Die arbeiten nach Projekten, setzen ihre Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten nach Projekten ein und fokussieren sich darauf. Wir in Deutschland haben ein anderes Rechtssystem. Wir verfolgen Straftaten lege artis. Wenn es dazu führt, dass die Niederländer mitunter weniger Ressourcen in diesem Zielfeld einsetzen, führt es dazu, dass der kriminalistische Erfolg auf der Strecke bleibt.

Sie müssen sich das Delikt genau ansehen. Das ist ein hochkomplexes Geschehen, ein mehrartiger Geschehensverlauf. Die Vortatphase findet ausschließlich in den Niederlanden statt. Eine Gruppe bildet sich, eine Gruppe kommt zusammen, trifft Absprachen, besorgt sich Tatmittel, meistens in den Niederlanden, teilweise auch in Deutschland. Aber gerade die Herstellung von Explosivmitteln wird in den Niederlanden vollzogen, teilweise mit Schnittstellen, criminal services – es gibt Experten, die können

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

gewisse Themenfelder abdecken und stellen die dann zur Verfügung –, lose Netzwerke, wie es die Stellungnahmen, die hier eingereicht worden sind, zeigen.

Wenn diese Vortatphase nicht beobachtet und begleitet wird durch die Strafverfolgungsbehörden, sind wir in NRW fast taub und blind. Deswegen brauchen wir dringend Ressourcen auf der anderen Seite, Ressourcen bei der Justiz, Ressourcen bei der Polizei. Es ist europäische Kriminalität, und die müssen wir gemeinsam bekämpfen. Es darf nicht von Ressourcen oder von Schwerpunktsetzungen abhängen, ob wir das zusammen schaffen. Wir einen europäischen Staatsanwalt, der dem gleichen Geiste folgt, und auf dieser Ebene müssen wir uns in diesem Themenfeld bewegen. Das ist nicht mit Zwang durchzusetzen, das geht nur mit vertrauensvoller Zusammenarbeit und mit einem Verfolgungsimpetus, der in der Politik beginnt und bei den Strafverfolgungsbehörden aufhört. Das ist der Punkt, der hier wichtig ist.

Wie und ob die Zusammenarbeit derzeit ausgestaltet ist, das obliegt mir als Berufsverband nicht, hier Stellung zu nehmen. Aber ich sage Ihnen, das ist eine Achillesferse. Wenn das nicht läuft, stehen wir auf dem Schlauch.

Was können wir besser machen? Ich bin mehrfach von Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, gefragt worden, gerade was die technische Prävention angeht. Ich bin dankbar für die Ausführungen meiner Vorredner, deren Inhaltstiefe ich schätze und auf jeden Fall mich davon entfernen will, mit dem Finger auf den Bankensektor zu zeigen. Dann zeigen immer drei Finger auf einen zurück.

Wir müssen noch eines feststellen. Wenn es 20 Betreiber von Geldautomaten hier in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet gibt – ich sage mal plakativ, und Sie dürfen glauben, dass die Wahrheit sehr nah dran ist – und es teilweise wenig ändert, ob ich eine Mülltonne an ein Haus stelle oder einen Geldautomaten dort anbringe, Sicherheitsbelange sind dort kaum restriktiv geregelt. Hier haben Sie einen Eindruck davon bekommen. Wenn Sie sich 20 Betreiber nicht auf einen Wertekanon, Normenkanon einigen können, weil wirtschaftliche Interessen dahinterstehen, die ich nachvollziehen kann, dann ist es doch vielleicht eine Aufgabe des Gesetzgebers, hier diplomatisch vermittelnd mit einer Gesetzesvorlage tätig zu werden.

Wir können uns so einen Sachstand nicht erlauben, dass wir nicht mal wissen, wo Geldautomaten stehen, welcher Typus das ist und welche Sicherheitsvorkehrungen dort vorhanden sind. Das wissen wir nicht. Wenn wir wissen, dass wir Täterstrukturen haben, die unser öffentliches gemeinsames Leben derart angreifen, dass Kundinnen und Kunden nicht mehr den Zugriff auf Bargeldreserven haben, dass Häuser gefährdet sind, dann sollte uns das doch eine restriktive Regelung wert sein, die auch wirtschaftliche Interessen der Unternehmen im Fokus hat. Aber da muss die Landesregierung tatsächlich vermitteln.

Was meine Vorredner auch erwähnt haben. Diese Geräte werden –verständlich, nachvollziehbar – im normalen Betriebsverlauf novelliert, ausgetauscht, auf den neuesten Stand gebracht, immer dann, wenn eben Innovationen auch vorliegen. Mein Vorredner hat gesagt, dass man sich diese Verklebetechnik erst mal ansehen will. Mein

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorredner hat auch gesagt, dass Versicherungen hier ein Wörtchen mitzureden haben, gerade was den Einbau von Sicherheitstechnik angeht.

Das ist alles Legislatur, das ist alles gesetzgeberische Grundlage, wie Versicherungen arbeiten, teilweise sicherlich in AGBs. Aber auch da ist der Gesetzgeber gefragt. Immer dann, wenn Wirtschaft sich nicht einigen kann, dann muss man das Gemeinwohl in den Fokus rücken, alle Interessen berücksichtigen. Das ist Ihr täglich Brot, wenn Sie Ihre Gesetzesvorlagen machen. Es ist für mich immer nachzulesen, dass Sie das tun. Dann muss das auch hier von der Landesregierung und von den Parteien gemacht werden. Da, wo Zusammenarbeit zwischen den wirtschaftlich Beteiligten nicht funktioniert, muss nach meiner Lesart, nach der Lesart meines Berufsverband dann entsprechend der Gesetzgeber versuchen, diplomatisch einzugreifen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Tatgelegenheitsstruktur in Nordrhein-Westfalen im Speziellen minimiert. Darum geht es, die Tatgelegenheitsstruktur durch Präventionsmaßnahmen zu minimieren.

Dann bin ich zur Stärke der Ermittlungskommission gefragt worden, respektive war es eine Frage von Herrn Jungbluth. Ich sollte aus meiner Stellungnahme heraus darstellen, dass man dieses Phänomen einer Ermittlungskommission zuordnet. Diese Ermittlungskommission im LKA hat nach meinem eigenen Erleben und im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen hervorragende Arbeit geleistet, ebenso die Kommission in den Behörden, die sich mit dem Thema zwangsläufig auseinandersetzen mussten.

Ich kann Ihnen sagen, da fallen Rufbereitschaften an, weit über 200 in einem Jahr. Jetzt überlegen Sie sich mal, Sie würden 200 Tage plus – ich bin deutlich drüber – Ihr Mobiltelefon neben ihr Kopfkissen legen müssen. Das ist aber die Belastung, die meine Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten zu tragen haben, die ich vertrete und die in Nordrhein-Westfalen Dienst machen. Das ist eine Riesenaufgabe. Da sehen Sie, das ist eigentlich schon an der Grenze der Belastbarkeit, die tragen viele Kriminalbeamten in Nordrhein-Westfalen. Deswegen – das tun wir im Nachgang noch mal – müssen wir uns mit der Kriminalpolizei beschäftigen.

Wenn Sie sehen, welcher Aufwand betrieben werden muss, diese Täter dingfest zu machen, dann ist das spitzenmäßige kriminalistische Arbeit am Hochreck, und das müssen wir unseren Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten in Nordrhein-Westfalen auch angedeihen lassen. Es ist keine Holschuld der Kriminalbeamten, sondern eine Bringschuld der entsprechenden regierungstragenden Fraktionen, der Landesregierung, aller anderer Parteien, die Kriminalpolizei so aufzustellen, dass sie diesen Täterstrukturen die Stirn bieten kann.

Von der FDP ist die Frage „JIT“ Zusammenarbeit EU-Kodex – ein sehr wichtiges Thema – angesprochen worden. Das Joint Investigation Team ist ein etabliertes Instrument der europäischen Kriminalitätsbekämpfung. Aber bis so ein JIT-Vertrag steht, der gewährleistet, dass ein niederschwelliger Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden international stattfinden kann, dauert es seine Zeit, weil das Bundesamt für Justiz eingeschaltet werden muss, die Generalstaatsanwälte eingeschaltet werden müssen. Das soll auch so bleiben. Aber warum geht man da nicht neue Wege? Wieso ist es nicht möglich, auf politischer Ebene einen Rahmen-JIT-Vertrag zu

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

verhandeln, auf den Ermittlungskommissionen sofort aufsetzen können? Warum muss man immer unten die ersten Schritte gehen? Warum nimmt man nicht einfach mit dem Aufzug einmal zwei Stockwerke auf einmal?

Das muss uns sollte auch möglich sein. Es ist alles eine Frage, wie Justiz sich aufstellt. Das sind Verhandlungen, die die Justizminister nach meiner Lesart untereinander führen können. Ein Joint Investigation Team ist, wenn es gegründet wird, immer in der Lage, Sachverhalte professionell schnell abzuarbeiten, und man sichert sich – das ist der Vorteil – gegenseitige Ressourcen zu.

Spiegelverfahren. Man stellt in Nordrhein-Westfalen was fest, ruft in Holland an und sagt „Schaut mal!“, dann ist das ein Agreement. Darauf kann man setzen, sollte man bei solchen Tätern allerdings nicht. Denn wir müssen auch immer den Taterfolg im Auge haben, und der ist hier mehrfach intensiv beschrieben worden, die Möglichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen durch diese Taten zu Schaden kommen.

Zu der technischen Prävention habe ich, denke ich, einiges gesagt. Man muss nachdenken.

Die Frage von der AfD: Wo stehen wir, und wo wollen wir hin? Ich habe noch ein Gebäude in Ostwestfalen im Auge, das stand unter Denkmalschutz, da ist sogar eine Kirche oder eine Kapelle „weggeflogen“. Wenn unsere Infrastruktur darunter leidet, unsere Bürgerinnen und Bürger leiden, dann müssen wir natürlich darüber nachdenken: Baut man Geldautomaten in naher Zukunft – und nicht in weiter Zukunft – in solche Cubes ein? Wenn man Cubes abschließen kann, dass da nachts keiner hinkann und vielleicht das Bargeld entnimmt, dann sind wir weit vorn. Das kostet aber alles Geld, und da verstehe ich die Wirtschaftsbeteiligten. Aber ich glaube, wir müssen das Thema im Auge haben. Der Lockdown in den Niederlanden ist zu Ende. Ich persönlich prognostiziere steigende Fallzahlen, auch mit Sprengmitteln, die genutzt werden. Die Kriminalpolizei ist in Nordrhein-Westfalen für dieses Themenfeld nicht gut aufgestellt. Das ist Fakt. Das kann nicht jede Behörde abrufen. 200 Berufsbereitschaftstage in einem Jahr – das wird nicht gehen. Deswegen müssen wir uns um die Prävention kümmern. Das ist absolut zu unterstreichen.

Thomas Jungbluth (Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vieles ist schon gesagt worden.

Um auf die Fragen einzugehen:

Was können wir von den Niederlanden lernen? Sie haben mitbekommen, dass sich die Situation in den Niederlanden von der in Nordrhein-Westfalen unterscheidet. Deshalb kann man diese Dinge alle eins zu eins übertragen. Es ist entschieden leichter, sich bei Präventionsmaßnahmen mit vier als mit 20 Partnern auszutauschen. Wir beziehen niederländische Bankenvertreter in unsere Präventionstagungen ein – nicht bei jeder Tagung, bei einigen Tagungen –, um deren Erfahrungen abzugreifen, es auch für die Mitarbeiter der Geldinstitute greifbar zu halten.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Was ist ausbaufähig? Im Bereich der Repressionen haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht, die sich über die Jahre entwickelt haben, die drei Ermittlungskommissionen in den Niederlanden, die mittlerweile ihren Dienst eingestellt haben bzw. zu anderen Prioritäten verlagert worden sind. Wir haben uns darauf an die niederländische Polizei gewandt, sie angeschrieben und darum gebeten, dass doch dieses Thema weiterhin hoch priorisiert in den Niederlanden bleiben muss, wo man einräumen muss: Die niederländischen Behörden haben auch ihre Sicherheitsprobleme, mit denen sie Ressourcen abdecken müssen bzw. von denen sie Ressourcen einfordern müssen.

Uns ist zugesichert worden, dass eine neue Ermittlungskommission eingerichtet wird, in Utrecht. Ich habe das in der Stellungnahme ausgeworfen. Das ist auch so der Fall. Diese Kommission hat sich Mitte Mai bei uns gemeldet und gesagt: Wir sind jetzt so weit, dass wir anfangen können, mit Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern – die haben auch entsprechende zentrale Kommissionen oder zentrale Bearbeitungszuständigkeiten – dieses Phänomen wieder anzugehen. Ich habe heute Morgen noch vom Kollegen MEK-Leiter gehört, dass in der nächsten Woche eine Besprechung stattfindet, sodass wir davon ausgehen, dass wir recht schnell wieder in gemeinsame operative Maßnahmen mit den niederländischen Kollegen kommen können, mit der besagten Ermittlungskommission aus Utrecht zusammen.

Wir haben im Bereich der Repression bei der Justiz mittlerweile eine sehr gute Voraussetzung, weil die zentralen Ermittlungen, die in den Niederlanden geführt werden, mittlerweile auch kompensiert werden durch zentrale Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen durch die neu eingerichtete ZeOS hier bei der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf. Das erleichtert sehr vieles, wird auch den Rechtshilfeverkehr deutlich beschleunigen und wird insbesondere das gemeinsame Vorgehen, Polizeijustiz auf der einen Seite, das gekoppelt mit den niederländischen Bestrebungen auf der anderen Seite, bündeln und besser machen.

Zu den Geldausgabeautomaten alte Generation. Soweit wir das einschätzen können, ist diese alte Generation, die insbesondere für die Gasangriffe prädestiniert war, fast komplett ausgetauscht. Das kann man allein schon an dem Umstand erkennen, dass wir mittlerweile mehr Sprengungen mit Explosivmitteln haben. Das ist die Schlussfolgerung daraus. Das ist das, was auch die Vertreter der Geldinstitute angesprochen haben, dieses berühmte „Wettrüsten“. Das ist dann leider die Folge. Die Täter stellen sich darauf ein. Sie wissen, dass sie Beute machen können, sie wissen, dass sie sehr schnell vor Ort agieren können, sie können das Risiko für sich einschätzen, und das kommt zu dem Ergebnis: Das Tatentdeckungsrisiko ist so gering, dass wir dann diese Taten versuchen können.

Damit leite ich über zu den Fragen Prävention. Es muss bei Präventionsanstrengungen immer darum gehen, ein Bündel von Maßnahmen zu schmieden. Es kann nicht nur darauf hinauslaufen, einen Aufkleber zu machen, um es mal ganz salopp zu formulieren – das wird hier auch keiner fordern –, oder andere Einzelmaßnahmen zu machen. Es muss immer darum gehen, ein Gesamtkonzept zu schnüren.

Um es abstrakt darzustellen: Es muss darum gehen, die Tatausführung zu erschweren, indem ich die Täter länger am Tatort arbeiten lassen muss. Je länger sie am Tatort

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

arbeiten müssen, desto größer ist das Entdeckungsrisiko für die Täter, desto eher ist die Chance gegeben, dass polizeiliche Interventionskräfte an den Tatort herangeführt werden. Bedeutet Armierung von Geldausgabeautomaten, Zugangskontrollen, dass man nicht ohne Weiteres in ein Foyer, was bürgerfreundlich aufgebaut ist, hereinkommen kann.

Ich muss in einem zweiten Schritt die Tatgelegenheiten beseitigen. Das sind nach unserer Auffassung polizeilicherseits Einzelautomaten an Gebäudefassaden, wo wir sagen, das Risiko ist sehr groß. Diese Tatgelegenheit sollte man reduzieren. Man muss darüber hinaus – damit komme ich zu Färbetechniken oder Verklebetechniken – den Tatanreiz insofern schmälern, dass die Tatbeute nicht mehr attraktiv für die Täter ist. Wenn die Täter davon ausgehen können, dass die Beute, die sie haben, für sie nicht oder kaum verwertbar ist, weil sie verklebt ist – wie dargestellt – oder eingefärbt ist – wie dargestellt –, dann wird irgendwann mal das Interesse für die Täter nachlassen, sich mit diesem Tatphänomen auseinanderzusetzen.

Zur Personalstärke der Ermittlungskommission. Das ist eine Frage, die vermeide ich immer in der Beantwortung, weil Personalstärken in der Öffentlichkeit nicht so viel zu sagen haben. Natürlich wünschen wir uns auch mehr Personal. Das wünscht sich jeder. Aber wenn wir haben einen Personalkörper, den wir jetzt ausgebaut haben oder ausbauen werden. Im Klaren muss man sagen: Es ist nicht nur die EK Heat, die solche Verfahren bearbeitet, sondern es kommen bei operativen Einsatzlagen Spezialeinheiten SEK, MEK dazu. Es kommt eine Vielzahl von Ermittlungsmaßnahmen hinzu, die in Kreispolizeibehörden laufen.

Wir haben durch die EK Heat in den letzten Jahren 43 Tatverdächtige festgenommen, durch die Kreispolizeibehörden 57. Also es ist nicht nur die EK Heat, aber das Wesentliche und der Verdienst der EK Heat ist, dass die Informationen dort gebündelt werden, insbesondere dann gebündelt an die niederländischen Kollegen weitergeleitet werden. Dieser Kanalisierungseffekt ist in meinen Augen in keinster Weise zu unterschätzen.

Dann bin ich gefragt worden zu dem Thema „Automatische Kennzeichen“. Wissen Sie, was AKLS ist? Das ist ein Punkt, den wir aus den Niederlanden nach unserer Auffassung als Strafverfolger durchaus lernen können. Die Niederländer setzen sehr flächendeckend AKLS-Systeme ein, aus verschiedenen Gründen. Darunter müssen Sie sich vorstellen, dass an speziellen Knotenpunkten, zum Beispiel an Autobahnbrücken oder an Autobahnkreuzen, Kameratechniken installiert werden, die bei entsprechendem Anlass, also zum Beispiel einem Gewaltverbrechen, ausgelöst werden können und dann den Straßenverkehr bzw. die Kennzeichen, die durch dieses Autobahnkontrollschild durchfahren, aufzuzeichnen. Um es etwas salopp zu formulieren: Das ist eigentlich nichts anderes, als das, was wir im Bereich der Ringalarmfahndung machen. Wenn wir händisch Kontrolllisten an Kontrollstellen führen, wo die Kollegen in einem Auto sitzen und notieren, welches Kennzeichen gerade da durchgefahren ist, wäre das eine elektronische Unterstützung.

Mir ist bewusst, dass es eine kriminalpolitische Entscheidung ist. Da muss man auch datenschutzrechtliche Belange berücksichtigen. Die Niederländer verweisen auf Erfolge in diesem Kontext, weil sie damit zum Beispiel Fluchtwege kanalisieren können,

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

weil sie erkennen können, ob ein Flucht-Pkw, der in Deutschland mit hoher Geschwindigkeit weggefahren ist, in den Niederlanden durch ein solches System fährt. Dann kann man natürlich mehr Chancen erarbeiten, zum Beispiel an möglichen Punkten Zugriffsmaßnahmen zu planen oder zu installieren.

Zum Thema „JIT“, ist, glaube ich, schon viel gesagt worden. JIT ist für uns das Mittel der Wahl im Bereich der internationalen Ermittlungen, bedingt aber immer, dass ich einen Partner habe, der sich auf einen JIT einlässt. Ich muss den Partner überzeugen, dass wir an einer gemeinsamen Sache arbeiten. Das erleichtert den Rechtshilfeverkehr enorm. Es ist ein modernes Instrument, was von der EU auch gefördert wird. Das bedeutet aber auch, dass ich mich in enger Kooperation mit einem anderen Staat begeben muss. Also ich muss mich sehr eng austauschen und muss ein verlässlicher Partner in diesem Austausch sein.

Zu dem Thema „Verklebetechnik“ habe ich gerade schon was gesagt. Es bliebe noch die Frage der Größe der Gruppe übrig. Das ist natürlich eine Frage, die müssten die Kollegen aus den Niederlanden beantworten. Ursprünglich war von 300 bis 500 die Rede. Die Vielzahl Personen, von denen wir jetzt mitbekommen, die festgenommen werden oder die Gegenstand von Ermittlungen sind, die bisher keinerlei polizeiliche Vorkenntnisse haben, auch in den Niederlanden, lässt darauf schließen, dass diese Gruppe deutlich größer ist als 300 bis 500.

Ein Brennpunkt ist der Bereich Utrecht. Einen weiteren Brennpunkt gibt es noch im Großraum Amsterdam. Wie in der Stellungnahme geschildert, ist es für uns keine hierarchisch strukturierte Gruppe mit einem Paten, einem Chef, einem Verantwortlichen an der Spitze, sondern eher ein Netzwerk von Kennverhältnissen, die sich untereinander verabreden und derartige Straftaten begehen.

Ich denke, das waren die Fragen, die mir gestellt wurden.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich hatte noch eine Nachfrage, weil eben bei Herrn Huth zweimal der Satz gefallen ist: „Wenn Wirtschaft sich nicht einigen kann.“ Das finde ich sehr harmonisch ausgedrückt. Vielleicht an die Vertreter des Bankenverbands und auch der Sparkasse: Ist es wirklich die Wirtschaft oder gibt es manchmal auch Hindernisse bei der Verklebetechnik usw., wenn es um Vernichtung von Bargeld geht, wo man plötzlich an Grenzen stößt und sich nicht vorstellen kann, dass es nicht die Wirtschaft untereinander ist, sondern eher Restriktionen beispielsweise der Bundesbank? Die sagen: Ihr zerstört eigentlich Bargeld, wenn ihr das so und so macht.

Vielleicht können Sie dazu noch etwas schildern. Es zeigt auch, wie stark man im Austausch mit Politik und Wirtschaft untereinander ist, auch bei aller Mitbewerber-Situation.

Wir haben jetzt noch eine Schnellrunde.

Hartmut Ganzke (SPD): Wegen der Schnellrunde habe ich gerade Herrn Wolf gefragt, der aber noch viel jünger als ich ist: War es damals bei „Dalli Dalli“, „Dalli Klick“? Dann nimmt man gerade hier den Übergewichtigsten für die Schnellrunde.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Mir ist eines aufgefallen. Herr Jungbluth, Sie haben den Satz gesagt: Es geht auch darum, Tatgelegenheiten zu reduzieren. Deshalb die Nachfrage an Sie, an Herrn Pörner und an Herrn Wellershaus. Herr Wellershaus, Sie hatten gesagt, im Bereich Ihrer Sparkasse hat es in den letzten zwei Jahren Sprengungen gegeben.

Es gibt eine Sprengung. Ich denke, es sind nicht Hunderte von Fällen gewesen, vielleicht zwei. Wenn es eine Sprengung an einem Ort gegeben hat, wird dieser Ort wieder mit einem neuen Geldautomaten bestückt oder werden die Geldautomaten abgebaut? Wenn man sagt, teils, teils, ist es in 50 % oder 25 % das, was Herr Jungbluth sagt, nämlich Tatgelegenheiten reduzieren? Das ist im Endeffekt die Frage: Nulltoleranz oder Kapitulation und Zurückziehen von der Kriminalität? Sprechen wir es doch mal aus. Deshalb die Frage, an Herrn Wellershaus, wie er das sieht. Ich denke, Herr Pörner kann aus seinem Bereich noch etwas sagen.

Herr Jungbluth, ist das möglicherweise eine kriminalpolitische Diskussion, die zu führen ist, wenn man sagt „Wir bauen alles ab, und deshalb können die da nichts mehr machen“? Ist das auch eine Alternative? Oder sagen Sie: Herr Ganzke, das siehst du falsch als Oppositionspolitiker. Das können wir nicht machen.

Eine Frage an Herrn Huth oder an Herrn Fiedler. Ist es wirklich eine Situation, wo man sagt, man kapituliere möglicherweise vor einem Phänomen?

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU): Kollege Ganzke hat mir eine Frage vorweggenommen, die sich auf dieses Wettrüsten bezog und man abbauen sollte, wenn man verliert. Das wäre die logische Konsequenz. Sonst würde es sich hochstilisieren. Insofern hat sich das aus meiner Sicht erledigt.

Werden Joint Investigation Teams als die effektivste zumindest kriminalistische Maßnahme betrachtet? – Es wird genickt. Damit haben Sie es im Prinzip schon bestätigt. Der rechtliche Rahmen. Konkret würde ich noch auf das eingehen, was Herr Jungbluth gerade gesagt hat und zu den Automatisierten Kennzeichenlesesystemen nachfragen. Sie haben gerade von Geräten in den Niederlanden gesprochen. Es ist praktisch für uns hier in Deutschland.

Könnten Mautsysteme theoretisch genutzt werden, sollten genutzt werden, sollten separat aufgestellt werden? Ich habe gerade herausgehört, aber immer nur im konkreten Fall. Das heißt, es findet ein Automatenaufruch, eine Sprengung statt, in dem Moment wird ausgelöst. Dann wird für einen bestimmten Zeitraum aufgezeichnet, ähnlich wie bei der Ringalarmfahndung und dann auch wieder eingestellt.

Nic Peter Vogel (AfD): Herr Ganzke, von „Dalli Dalli“ zum „Am laufenden Band“. Am Schluss nimmt man immer gern das Fragezeichen, und das werde ich jetzt auch nehmen. Meine Frage richtet sich an Herrn Huth, Herrn Fiedler und Herrn Jungbluth, je nachdem, wer die Frage umfassend beantworten kann.

Ich habe mal über den Tellerrand in andere Bundesländer geguckt. Da ist mir auch Hessen aufgefallen. Dort gab es eine unglaublich spektakuläre Verfolgungsjagd. Meine große Sorge ist, seit einem Jahr – haben wir gerade schon geklärt – von den

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Gassprengungen weg zu diesen Sprengstoffen, teilweise selbst gebaut. Jetzt gibt es gerade bei den Wegen zum Tatort und vor allen Dingen nachher von der Flucht eine größere Bedrohung. Ist ganz klar. Das ist eine tickende Zeitbombe.

Damals gab es Überlegungen, auch von der Einsatzleitung in Hessen. Man ist mit 240 unterwegs, oder die Leute halten und gefährden sehr viele andere Verkehrsteilnehmer. Man sieht erst mal ab von einem direkten Zugriff oder einem Drängen per Hubschrauber, dass die Fluchtmanöver sozusagen gefährlicher werden. Meine erste Reaktion war: Ja, natürlich müssen wir Unbeteiligte schützen. Auf der anderen Seite habe ich mir gedacht, es ist fast ein Freibrief, dass man sagt: Die spektakulärste Flucht wird nachher aufgrund von öffentlichem Interesse oder weil man Leute schützen muss, unterbunden. Da ist die Frage: Was gibt es anschließend für Zugriffsmöglichkeiten? Nicht zu sehr im Detail; ich möchte Ihre Arbeit nicht behindern.

Die zweite Frage würde ich gern an Herrn Wagner übergeben.

Markus Wagner (AfD): Die zweite Frage an Herrn Huth oder an Herrn Fiedler. Sie einigen sich, wer antworten will. Auf Seite 2 der Stellungnahme des BDK heißt es, dass an der Stelle erwähnt sei, dass es aus gewerkschaftlicher Sicht sehr ambitioniert ist, ein ganzes Kriminalitätsphänomen von lediglich einer einzigen Ermittlungskommission bearbeiten zu lassen. Hätten Sie einen konkreten Vorschlag, wie die polizeiliche Bekämpfung dieses Phänomens auf struktureller Ebene besser organisiert werden könnte?

Herr Jungbluth, Sie haben eben Auskunft über die Strukturen, die Örtlichkeiten gegeben, woher diese Täter kommen. Welche Erkenntnisse haben Sie, welche Maßnahmen unternommen werden, um diese Strukturen, die ja durchaus nicht unbekannt sind, zu zerschlagen?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Ich wollte noch auf das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingehen, weil mir das vorhin bei den Antworten etwas zu wenig vorkam. Das Thema „Joint Investigation Teams“ ist von Herrn Huth dargestellt worden im Hinblick auf die Rahmen-JIT-Verträge, die gemacht werden sollten.

Erste Frage. Schwerpunktstaatsanwaltschaft – wäre es ein Weg für Deutschland, würde uns das weiterhelfen?

Zweite Frage. Es wurde von Herrn Jungbluth gesagt, die Täter sollten länger am Tatort verbleiben, das im Hinblick auf die Verfolgung, denke ich. Jetzt haben wir die Grenze trotzdem immer dabei; die kommen ja aus den Niederlanden. Müssen wir im Rahmen dieser grenzüberschreitenden Polizeiverfolgung dann noch mehr regeln, was im Hinblick auf diesen Kodex der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit von der Kommission möglicherweise ein Thema wäre?

Diese beiden Fragen an Herrn Huth, Herrn Fiedler und Herrn Jungbluth.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Bereiten Sie sich schon darauf vor, dass ich bei der Reihenfolge mit Herrn Jungbluth beginne, um hier ein wenig Aktion hineinzubringen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Ich habe noch eine Nachfrage, weil ich es nicht gehört habe. Sollten Sie es gesagt haben, Herr Huth, dann bitte ich um Verzeihung. Ich hatte gefragt, ob Sie zu der Bewertung von Klebetechnik in Geldautomaten noch etwas sagen können.

Sven Wolf (SPD): Meine Herren Vorsitzende! Zur Verklebetechnik. Herr Pörner, ich hatte eben gefragt, ob es tatsächlich stimmt, dass die Niederländer diese verklebten Geldbündel bei der Zentralbank eintauschen. Ich meine, dass ich die Antwort nicht gehört habe. Es wäre mir wichtig, weil auch der Vorsitzende des Innenausschusses, Herr Sieveke, aufgrund seines beruflichen Hintergrunds das Thema anspricht.

Thomas Jungbluth (Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen): Stichwort „alles abbauen“. Das wird keiner fordern, auch keine Polizei fordern. Wir haben in der Tat einige Standorte von Geldautomaten, die schon zweimal angegriffen worden sind. Das ist aber nicht immer so. Es gibt genug Geldautomaten, die man angreifen kann. Es geht insbesondere darum, die Gesamtsituation zu bewerten, wo ein Geldautomat steht, in welchem Umfeld er steht, wie er gesichert ist.

Wir möchten in einer der nächsten Besprechungen, die wir mit den Geldinstituten durchführen wollen, für einen Präventionsatlas, für ein „Präventionslagebild für Geldautomaten“ werben, weil wir glauben, mit den Banken zusammen Entsprechendes entwickeln zu können und die Präventionsmaßnahmen, was technische Voraussetzungen angeht, dann noch zu verbessern und zu vereinheitlichen.

Zu der Frage Wirtschaftlichkeit. Das ist nicht mein Ressort. Doch ich kann deutlich sagen: Je weniger Geldautomaten, desto billiger wird es. Wenn ich alle Geldautomaten hochrüsten will, wird es teuer, habe ich weniger Geldautomaten, wird es billiger. Ich kann nicht einschätzen, wie groß die Frequentierung von Geldautomaten im ländlichen Bereich ist. Ich weiß, dass da rechtliche Probleme eine Rolle spielen. Ich weiß, dass es ein kommunalpolitisch großes Thema wäre. Das muss man deutlich so sehen. Aber von Kapitulation würde ich in keinsten Weise sprechen. Davon sprechen schon eigentlich Festnahme-Zahlen, die wir haben. Das ist sehr viel kleinteilige akribische Ermittlungsarbeit, auf die wir in der EK Heat stolz sind.

Zum Thema Mautsystem. Es ist natürlich ein äußerst heikles Thema. Sie wissen, dass die Frage, ob wir Mautsysteme für prozessuale Maßnahmen nutzen können, schon vor mehreren Jahren mal intensiv diskutiert worden ist im Zusammenhang mit einem Tötungsdelikt zum Nachteil einer jungen Damen, wo Lkw-Fahrer kontrolliert werden sollten. Rein technisch könnte man das tun. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssten nach meiner Bewertung so sein, dass man eine entsprechende Anlasstat hat. Ich glaube, man wird wahrscheinlich zu dem Weg kommen, wenn man sich dazu entscheidet, ein getrenntes System aufzusatteln und diese Mautsysteme natürlich nicht zwingend an den Standorten stehen, die vielleicht für eine kriminalpolizeilich,

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

kriminaltaktisch wichtige Fragestellung auszuwählen wären, Knotenpunkte, Autobahnbrücken oder ähnliche Dinge.

Zur Handhabungssicherheit von Sprengstoff. Ja, Sprengstoff ist gefährlich – ohne Frage –, Gas ist aber auch gefährlich. Die Täter sind sehr professionell, und es sind keine Selbstmörder. Das heißt, ich will die Gefahr jetzt nicht herunterspielen, aber die Täter wissen schon, was sie machen und wie sie es machen. Nicht zuletzt hat der Vorfall im September 2020, von denen Herr Pörner vorhin sprach, dazu geführt, dass die Täter diese Variante von Sprengstoff mittlerweile nicht mehr nutzen, weil ihnen die Handhabungssicherheit zu groß gewesen ist, Erkenntnisse, die wir mit den Niederländern geteilt haben.

Zugriffsmöglichkeit ist eine Frage, die würde ich eher allgemein halten. Es ist ein sehr komplexes Thema, und Sie können nicht davon ausgehen, dass man auf Zugriff festnimmt. Natürlich muss man bei jeder Art des Zugriffs auch immer berücksichtigen: Welche Gefährdungen entstehen für Dritte, für die betroffenen Personen und für die handelnden Einsatzkräfte? Da kann es durchaus sein, dass man mal eine Verfolgungsmaßnahme abbricht, die über andere Wege dann zur Ermittlung der Täter führen. Wir haben auch nicht jede dieser Personen, die wir festgenommen haben, im Rahmen von speziellen Zugriffen durch SEK, MEK festgenommen, sondern teilweise auch durch Ermittlungsarbeit im anderen Kontext nicht unmittelbar nach der Tat.

Zum Zerschlagen der Strukturen. Das ist eine Frage, die kann ich sehr schlecht bewerten, weil es natürlich eine Frage ist, die sich ausschließlich in den Niederlanden abspielt. Dazu müsste man analysieren, welche subkulturellen Hintergründe es da gibt, ob es überhaupt welche gibt, wie die Täter sich bewegen, welche soziale Prognose es gibt, ob man Präventionsprogramme entwickeln kann, wie wir zum Beispiel dieses „Kurve kriegen“ bei uns haben. In diesem Kontext muss man sich bewegen. Da maße ich mir aus der Ferne kein Urteil an.

Grenzüberschreitende Kriminalität. Ich persönlich sehe keine rechtlichen Notwendigkeiten, da etwas weiterzuentwickeln, weil wir eigentlich einen rechtlichen Rahmen haben, der gut ausgestaltet ist. Wir haben es hier mit einer Täterklientel zu tun, die schwierig zu fassen ist.

Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter): Kapitulieren? Auf keinen Fall. Was soll ein Kriminalist anderes sagen, der in seiner Berufslaufbahn zu Beginn einen Eid geschworen hat und der es auch – ich sage mal – mit seinem Verfolgungsimpetus nicht in Einklang bringen kann.

Was passiert hier? Wir müssen uns als Gesellschaft darauf einstellen, sicherlich auch teilweise einschränken. Das ist so. Wir müssen unsere Lebensart und -weise verändern, wie wir das bei vielen Kriminalitätsphänomenen machen. Wir müssen in gewissen Bereichen vorsichtiger sein, uns Gedanken machen, wir dürfen aber auf keinen Fall weichen.

Deswegen ist es wichtig, dass viele Handlungsstränge zusammenkommen im Bereich der Prävention, aber auch der Repression, und, meine Damen und Herren, die

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Repression ist wirklich das scharfe Schwert. Wir brauchen gut ausgebildete Kriminalbeamte, schlagfähige Truppen, die sich diesen Tätern langfristig stellen und in der Lage sind, solche Täter auch dingfest mit gerichtsverwertbaren Beweisen zu überführen. Das ist teilweise hier in Nordrhein-Westfalen leider die Achillesferse.

Da will ich zu dem Punkt kommen, den ich eingangs, auch in meiner Stellungnahme erwähnt habe, die Phänomen-Bekämpfung einer EK anzuvertrauen. Es ist so, dass diese EK Heat im LKA Expertise gesammelt hat, die seinesgleichen sucht, durch eine Vielzahl von Einsätzen. Es ist so, dass viele Behörden an diesem Bekämpfungsphänomen mitgewirkt haben, auch entsprechende Erfolge verbuchen konnten.

Stellen Sie sich mal vor, wenn ich sage, dass wir Rufbereitschaften hatten von über 200 Fällen in einem Jahr, die bei den Kolleginnen und Kollegen auflaufen, dann ist es so, dass dieses Phänomen natürlich auch in vielen Behörden gleichwertig bekämpft werden muss. Sie haben ja auch verschiedene Hundertschaften im Land. Die können Sie bei allen Demonstrationsgeschehen übrigens gleich einsetzen.

Die Frage ist: Können Sie das bei der Kriminalpolizei? Die Frage werden wir Ihnen auf jeden Fall beantworten. Ich sage, das können wir nicht. Es geht nicht unbedingt um die Kompetenz. Wir haben sehr gute Polizeiführer und Kriminalbeamte im Land, die mit Herzblut dabei sind. Aber es geht um die Ressourcen. Kann es sich eine Behörde leisten, über Monate ein Rufbereitschaftsteam nachts in den Behörden zu lassen, die nicht täglich ihrer Arbeit nachgehen? Das ist eine Frage von Ressourcen, die zu stellen ist.

Ich sage Ihnen, aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Kriminalpolizei langfristig für mehrere Tatkomplexe dieser Couleur nicht aufgestellt. Deswegen ist es ein strukturelles Problem der Kriminalpolizei.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit will ich noch mal darlegen. ZeOS ist die zentrale Stelle hier in Nordrhein-Westfalen, die der Justizminister in Nordrhein-Westfalen eingeführt hat. Das können wir nur loben, weil damit dieses ganze Geplänkel der Zuständigkeitsfragen komplett entfällt. Sie können sich vorstellen, Zuständigkeitsfragen, die uns früher bewegt haben: Über welche Grenze fahren Sie denn die Täter? Dann können Sie sich eine Staatsanwaltschaft aussuchen. Das ist obsolet geworden. Da diese Staatsanwaltschaft auch Expertise entwickelt hat und entwickeln wird in diesem Themenfeld, wird es einfacher und – ich sage mal – gewichtiger sein, diese Straftäter vor Gericht auch zu präsentieren.

Aber on top kommt noch eines: Das Thema muss phänomenologisch bei der Justiz im Rahmen von Fortbildung auch belegt werden. Sie haben es oft mit jugendlichen Heranwachsenden zu tun, die lege artis nach Jugendstrafrecht verurteilt werden könnten. Das ist immer natürlich die Frage eines unabhängigen Richters, keine Frage. Aber manchmal glaube ich, dass phänomenologisches Wissen bei der Justiz gut täte. Vor ihnen sitzt nicht ein 18-jähriger Straftäter, der mal irgendwo ein Kaugummi geklaut hat. Vor ihnen sitzt ein Berufskrimineller mit einer elendig langen Vita, der im Übrigen die deutsche Strafverfolgung – zumindest so verbalisieren sie das – nicht unbedingt einträchtigt und beeinflusst. Die planen schon die nächsten Taten, obwohl sie inhaftiert

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

worden sind. Denen muss man anders begegnen. Vielleicht ist es da wichtig, dass die Justiz sich mit dem Phänomen auch im Rahmen von Fortbildung beschäftigt.

Was wir an grenzüberschreitender Zusammenarbeit immer brauchen, ist der bilaterale Austausch mit den anderen Strategieträgern, Bundespolizei, Marechaussee, die Grenzpolizei der Niederländer, aber auch den niederländischen Strafverfolgungsbehörden. Dass Grenzfahndung stattfindet, ist auch eine Erfahrung von Ressourcen, auch eine Erfahrung der Taktik. Da ist natürlich noch Luft nach oben, aber das hat auch damit zu tun, dass die Bundespolizei in der Vergangenheit ordentlich überlastet war.

Auf die Klebtechnik will ich noch eingehen. Entschuldigung, wenn ich die Frage überhört und nicht beantwortet habe. Das scheint im Moment wirklich ein „scharfes Schwert“ zu sein. Wenn man diese Technik einsetzt, dann können Sie nämlich diese Geldscheine auch nicht ... Die meisten Täter kommen aus Nordafrika oder haben zumindest nordafrikanische Wurzeln. Dort können Sie ohne Probleme diese Devisen in Euro verausgaben. Mit so einem Kilo verklebten Geld kommen Sie da auch nicht weiter. Aus kriminalistischer Sicht wäre es wünschenswert, diesen Hinweis aufzunehmen und schnell umzusetzen, auch wenn es viel Geld kostet.

Michael Wellershaus (Vertreter des Vorstands der Sparkasse Remscheid): Ich schließe mich der Verklebtechnik an, auch wenn Herr Pörner dazu gleich sicherlich noch mehr sagen kann. Die Diskussionen mit der Bundesbank werden in aller Regel über die Verbände geführt und nicht über einzelne Institute. Insofern sind wir da in einem intensiven Austausch mit den Verbänden. Ich glaube, dass das eine begrüßenswerte Technik wäre. Was für uns vor Ort ein relevantes Thema ist – das gilt auch jetzt schon –, sind die Versicherungsthemen, die wir mit den Versicherungen zu klären haben. Insofern ist es aus meiner Sicht noch ein bisschen weiterzufassen als nur „Regulatorik“ im Sinne der Bundesbank, sondern auch die Versicherungswirtschaft und andere sind damit einzubeziehen.

Zur Gefährdungssituation vor Ort. Herr Ganzke, Sie hatten gefragt, wie da die Sichtweise ist. Meines Erachtens hat Herr Jungbluth es richtig dargestellt, dass die Beurteilung der Gesamtsituation relevant ist und es für uns immer eine Einzelfallentscheidung vor Ort wäre. Über allem stehen aber der Kundenbedarf und der Kundennutzen. Insofern werden wir da auch weiter vor Ort bleiben. Die Aussage kann ich mit Sicherheit so tätigen. Was dann Abbauentscheidungen angeht, müssen Sie unter sicherheitsrelevanten Aspekten handeln, die natürlich hier und da getroffen werden, aber das wird nicht signifikant die Geldausgabeautomatendichte verändern.

Steffen Pörner (Bankenverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich versuche, mich mal kurz zu fassen, um einen guten Eindruck zu hinterlassen.

(Heiterkeit von Hartmut Ganzke [SPD])

Auf eine Bemerkung von Herrn Huth möchte ich kurz eingehen. Ich glaube, wir haben hier kein Marktversagen. Das ist immer der Tatbestand in der Kreditwirtschaft, wenn

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

der Gesetzgeber kommen sollte nach dem Motto – so habe ich es Ihren Worten entnommen –: Die Banken sind selbst daran schuld, wenn sie angegriffen werden, weil sie nicht genug tun. Ich glaube, ich darf an der Stelle darauf hinweisen, dass wir die Opfer sind und nicht die Täter. Das muss man dazu sagen. Wir versuchen wirklich, nach bestem Wissen und Gewissen unseren öffentlichen Auftrag wahrzunehmen.

Die Zusammenarbeit mit der Polizei läuft da, glaube ich, auch etwas intensiver als Sie das vielleicht wissen, gerade was die Prävention betrifft. Wir haben gerade mit dem BKA – ich muss es vorlesen, denn es ist sehr komplex – ein bundesweit einheitliches Raster für eine Risikoanalyse zur Sprengung von Geldautomaten entwickelt. Das läuft schon seit zwei Jahren. Da werden alle Häuser nach einem gewissen Standard ... Es ist ein ziemlich dickes Papier. Was da alles an Daten gesammelt wird, werfen wir zusammen, und da wird jeder Standort geprüft: Ist er gefährdet oder nicht? Wenn wir dann regelmäßig nachschauen, wie unsere Sicherheitsmaßnahmen aussehen, dann können wir da entsprechend nachjustieren.

Wenn Standorte gesprengt wurden oder wir feststellen, dass es jetzt verdammt nah an der Autobahn zu den Niederlanden ist, dann werden die Dinger im Bedarfsfall geschlossen – das ist die Ultima Ratio –, natürlich nicht flächendeckend. Das können Sie nicht machen. In jeder Kommune haben Sie als nächstes nachts in unserer Rufbereitschaft den Ortsbürgermeister oder den Landrat da sitzen, der Ihnen sagen: Wie können Sie hier meine Bevölkerung von der Bargeldversorgung absperren? Das ist schon mit Nachtschließungen ein heikles Thema. Da muss man standhaft sein. Ich freue mich, dass Herr Reul gesagt hat, er übernehme diese Rufbereitschaften gern. Denn es ist natürlich eine klare Sicherheitsentscheidung, die an irgendeiner Stelle mal getroffen werden muss.

Wir haben des Weiteren jedes Mal auch noch Taterfassungsbögen, die wir machen und die wir den Landeskriminalämtern zur Verfügung stellen, damit auch dort Erkenntnisse über die Tat noch in die Ermittlung einfließen können.

Ich muss sagen, ich habe einen riesengroßen Respekt vor der Arbeit unserer Polizei gerade hier in Nordrhein-Westfalen, dass unter den Bedingungen, die wir Ihnen geschildert haben, wie es so abgeht mit Grenzüberschreitungen und Professionalität und wechselnder Täterkreise, Festnahmen gelingen. Da habe ich wirklich eine hohe Achtung vor der Arbeit der Polizei. Hut ab! Das ist etwas, was man nicht hoch genug schätzen kann. Ich will jetzt nicht auf die Personaleinsätze eingehen. Das ist nicht unser Thema. Ich sage nur, wenn wir bei der EK Heat jemanden brauchen, dann erreiche ich jemanden, und wenn ich niemanden erreiche, weiß ich, dass er im Einsatz ist. Es beruhigt mich auch, dass man an der Stelle unterwegs ist.

Aber ich denke, gerade hier in Nordrhein-Westfalen haben wir mit der EK Heat eine Einrichtung, die wirklich führend und das Leitbild für ganz Deutschland ist. Ja natürlich, gibt es auch im Rest Deutschlands außerhalb Nordrhein-Westfalens genügend Polizeibehörden, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Aber hier ist NRW wirklich das Vorbild, nach dem alle arbeiten.

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dadurch, dass Herr Innenminister Reul im letzten Jahr dieses Thema zur Chefsache gemacht hat, auch die Kreditwirtschaft an den Tisch geholt hat, es forciert hat, zugesagt hat, dass er auf der Ministerpräsidentenebene einen bilateralen Austausch mit den Niederlanden auf die Tagesordnung setzen wird, passiert auch einiges. Auch hier können Sie natürlich nicht von heute auf morgen einen messbaren Erfolg an der Stelle sehen, sondern es passiert immer mehr. Ich finde auch die Unterstützung durch die Landespolitik – das wissen wir als Kreditwirtschaft – an der Stelle auch zu schätzen.

Gesetzliche Vorgaben, wie sie hier jetzt vorgeschlagen werden, an die Automatenbetreiber zu machen, haben wir mit dem BKA, mit dem Bundesinnenministerium schon lange diskutiert. Das Problem ist, wenn Arbeitsgruppen nach zwei Jahren ein Ergebnis vorschlagen und sagen, dass das unbedingt ein Geldautomat erfüllen sollte, dann sind wir schon wieder zwei Jahre weiter.

Sie müssen es uns glauben, dass wir nicht schludern, wir kein Interesse daran haben, Menschenleben in irgendeiner Richtung zu gefährden und wir es wirklich verantwortungsvoll umsetzen, was es da gibt. Ich glaube, die Polizei kann sich nicht beschweren, dass wir viele der Maßnahmen nicht zumindest mal ausprobieren, andenken und umzusetzen versuchen.

Es ist natürlich eine betriebswirtschaftliche Rechnung. Ich möchte die jetzt nicht gegen Menschenleben setzen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Doch wenn ich gerade im Ländlichen Raum eine geringe Frequenz an einem Geldautomaten habe und den weiter betreibe, und der wird dann dreimal gesprengt, dann mache ich den zu. Das ist die Konsequenz, die passiert an irgendeiner Stelle, weil es einfach nicht mehr geht. Das hat nichts mit Kapitulation zu tun. Das ist auch ein gewisses Sicherheitsdenken.

Es hängt natürlich vieles auch vom Kundenverhalten ab. Denn genau wie Filialen werden auch Geldautomatenstandorte von Kunden geschlossen, nicht von den Banken, nämlich dann, wenn die Kunden sie nicht mehr nutzen. Es ist das veränderte Kundenverhalten, was wir sehen. Wenn wir alle digital bezahlen, wird es vielleicht weniger Geldautomaten geben. Aber im Moment habe ich noch nicht den Eindruck, dass das – wie gesagt – ein langfristiger Trend ist.

Kurz noch ein Wort zur Verklebetechnik. Es ist der Punkt, dass es eine gute Maßnahme ist, aber die Verklebetechnik verhindert im Moment noch nicht die Sprengung. Wir wollen mit unseren Maßnahmen vor die Tat kommend eine Sprengung verhindern. Die Täter wissen ja nicht, ob da eine Verklebetechnik vorhanden ist – Sollen wir ein Schildchen machen oder etwas in der Richtung? –, sondern der Versuch wird immer wieder gestartet. Wir werden es erleben, wenn wir vielleicht diese Cubes häufiger hier sehen, es wird zumindest Angriffe auf die Geldautomaten geben. Das ist so. Da wird getestet, wie man an die ganze Geschichte rankommt. Das ist der Ansatz, und da haben wir – das muss man offen zugeben – noch nicht die Lösung gefunden, mit der wir arbeiten können.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich darf Ihnen für Ihre kompakten Antworten auf alle interessierten Fragen danken. Das Protokoll der Anhörung wird im Internetangebot des

Innenausschuss (84.)

24.06.2021

Rechtsausschuss (79.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Landtags abrufbar sein. Die Ausschüsse werden sich in absehbarer Zeit damit beschäftigen. Vielen Dank an den Stenografischen Dienst. Sie haben vielleicht gemerkt, alle haben so interessiert zugehört, weil jeder schon einmal einen Geldausgabeautomaten besucht hat. Das ist manchmal sogar greifbarer als ein abstraktes Thema. Jeder kennt seine Ortschaft, seine Beweggründe. Ich hoffe nicht, dass man damit irgendwann einen Verdrängungswettbewerb hin zu Tankstellen und Supermärkten erreichen kann. Das haben wir in der Vergangenheit auch erlebt.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

Anlage

03.08.2021/04.08.2021

15

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Innenausschusses und des Rechtsausschusses

**Hohes Sicherheitsrisiko durch wachsende Zahl von Geldautomatensprengungen -
Landesregierung muss skrupellose Bandenkriminalität entschiedener bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der SPD, Drs. 17/12766 Neudruck

am Donnerstag, dem 24. Juni 2021
11.30 bis 13.00 Uhr, E 1 D 05, Livestream

T a b l e a u

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Bankenverband Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	Steffen Pörner	angekündigt
Michael Wellershaus Vertreter des Vorstands der Sparkasse Remscheid	Michael Wellershaus	---
Sebastian Fiedler Bundesvorsitzender Landesvorsitzender NRW Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	Oliver Huth Sebastian Fiedler	17/4071
Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen Thomas Jungbluth Düsseldorf	Thomas Jungbluth	angekündigt für 18.6.
